

DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK – EINE REALITÄTSVERWEIGERUNG VERHINDERT NICHT DEN ABSTURZ



ES MUSS EIN ENDE MIT DER MUTLOSIGKEIT UND DEM NICHTREGIEREN HABEN

DIE MANIPULATION VON PREISEN ALS MENETEKEL DER ZERSTÖRUNG UNSERES SOZIALSTAATES

Wir haben eine Überdehnung des Versorgung- und Wohlfahrtsstaates. Die Krankheitszeichen sind unübersehbar – so z.B. eine Staatsquote (Anteil der Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt), die mit über 50 Prozent längst in sozialistische Sphären abgerutscht ist, sowie einem Gesamtversicherungsbeitragssatz, der mit rund 42 Prozent des Bruttoarbeitsentgelts einen historischen Höchststand markiert. Die Zahl der Firmenpleiten und Arbeitsplatzverluste schreitet in einem sehr kritischen Maß voran. Die Angst vor einer drohenden Arbeitslosigkeit ist zurück. Auch die Bürgerinnen und Bürger spüren täglich diese Entwicklung. Energie, Lebensmittel, Wohnen und vieles mehr ist deutlich teurer geworden. In den privaten Haushalten wird gerechnet, verglichen und gespart. Nicht wenige Stimmen konstatieren, dass es der Politik nicht nur an der Kraft zu mutigen Entscheidungen, sondern vielfach auch an einem grundsätzlichen Wertekompass fehle - vor allem in wirtschaftspolitischen Fragen.

Anders ist kaum zu erklären, warum sich die Verantwortlichen in Mutlosigkeit ergehen und das bloße Verwalten der bestehenden miserablen wirtschaftlichen Lage als therapeutische Leistung verkaufen wollen: Symptombehandlung statt Strukturreform.

Die Regierung regiert nicht. Sie verhindert in einer Reformangst eine notwendige tieferegehende Reformpolitik und ergeht sich vornehmlich in

bürokratischen Exzessen und im Bekämpfen von Symptomen durch Manipulation von Preisen und Ausblenden von Ursachen mittels einer weiteren „Subventionitis“ und Steigerung der Verschuldung. Wer heute wirtschaftet, muss sich oft härter gegen den Staat als gegen den Markt behaupten.

Insgesamt verfestigt sich der Eindruck, dass trotz öffentlicher Bezugnahme auf die Soziale Marktwirtschaft ihre Prinzipien für die Wirtschaftspolitik keine vordringliche Rolle mehr spielen. Es macht mehr Freude die Früchte des Wohlstands zu verteilen und aus dem Vollen zu schöpfen als eventuell belastende Einschnitte für eine positive Gestaltung der Zukunft vorzunehmen. Die Wertschätzung von Leistung tritt dabei zunehmend in den Hintergrund.

Bei aller Zurückhaltung in der sprachlichen Formulierung, liegt es nahe, von einer Krise im ordnungspolitischen Denken zu sprechen. Durch das „ökonomisches Ausruhen“, einhergehend mit einer vielfach strukturkonservierenden Politik, insbesondere z. B. durch ausufernde Subventionen und einer Manipulation der Preise, sind wir schon länger auf dem Weg, die Zukunft zu „verspielen“. Die Programme selbst der Partei, die sich gerne auf Ludwig Erhard beruft, sind ebenso wie zahlreiche Parteitagereden vielfach nur leere Worthülsen, die in der täglichen Praxis immer weniger Bestand haben. In der täglichen politischen Arbeit, nicht nur in Ausnahmefällen, sind Akteure dieser Partei ungezügelt Teil und auch Treiber eines Protektionismus

und einer Überdosis Staat, der sich z. B. auf kommunaler Ebene gerne verharmlosend hinter dem Wort (Re-)Kommunalisierung verbirgt.

Das Prinzip der persönlichen Verantwortung für wirtschaftliches (und politisches) Handeln findet in einigen Bereichen mitunter nur noch geringe Beachtung. Es verfestigt sich zunehmend bei vielen Menschen insgesamt der Eindruck, dass „die da oben“ (und damit sind auch Wahrheit dehnende Politiker, fakten verformende und von eigenen Interessen geleitete Lobbyisten und z.B. auch die bestens bezahlten Manager in Öffentlichen Betrieben gemeint, hemmungslos auf Kosten der Allgemeinheit bereit sind ihren Vorteil zu suchen.

Rufen wir uns in Erinnerung

Dabei wäre es doch so einfach: Der 1990 unterzeichnete Einigungsvertrag gibt – aufbauend auf den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft von Erhard – einen Wertekompass vor, der leider nicht nur bei vielen Entscheidungsträgern, sondern auch in weiten Teilen der Gesellschaft in Vergessenheit geraten ist.

Im Einigungsvertrag ist festgehalten, dass sich jegliches wirtschaftliches Handeln in der Bundesrepublik Deutschland insbesondere nach den Grundprinzipien Wettbewerbsordnung, Hervorgehobene Stellung des Privateigentums, Preisniveaustabilität und flexible

Marktpreise, Haftung als persönliches Einstehen für wirtschaftliches Handeln, Konstanz und Verlässlichkeit der Wirtschaftspolitik, Soziales Sicherungsnetz zur Ergänzung der freiheitlichen Wirtschaftsordnung und ein Leistungsfähiger Staat mit geringer Bürokratie zu richten hat. „Der Sinn der Sozialen Marktwirtschaft“ liegt darin, „das Prinzip der Freiheit des Marktes mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden“ (Müller-Armack).

Keynes schreibt Lenin die Aussage zu, der beste Weg zur Zerstörung des kapitalistischen Systems sei die Zerstörung der Währung.

Betrachten wir im Besonderen die Manipulationen an unserem Preissystem und rufen uns dabei die vorstehende Aussage von Lenin in Erinnerung.

Ludwig Erhards erfolgreiche Soziale Marktwirtschaft und „Wohlstand für alle“ war und ist gerade der Gegenentwurf zur staatlichen Bewirtschaftung durch die heutige allgegenwärtige Politik. Nach Krieg, Mangel und Zuteilung war insbesondere die freie Preisbildung kein marktradikaler Luxus, sondern die unabdingbare Voraussetzung dafür, dass Initiative, Fleiß und Investition wieder eine Richtung bekamen: Mehr Angebot, mehr Produktivität, mehr Innovation - um anschließend einen gezielten Ausgleich zu ermöglichen. Wenn Knappheit durch Preise sichtbar wird, entsteht ein Anreiz, sie zu überwinden. Wenn sie durch

Preismanipulationen verdeckt wird, gewöhnt sich eine Gesellschaft - wie in der heutigen Zeit - an Verteilungskämpfe um das Vorhandene.

Nicht nur in der aktuellen politischen Debatte klingt es hingegen jedoch oft wie ein Akt der Fürsorge, z.B. Preise auszusetzen, zu deckeln oder durch Flatrates zu ersetzen. Wohnen soll bezahlbar bleiben, Energie darf nicht überfordern, Mobilität soll allen offenstehen. Gegen diese Ziele ist natürlich nichts einzuwenden. Eine Soziale Marktwirtschaft, die die soziale Lage der Bürger ignoriert, ist im Kern keine soziale Marktwirtschaft. Doch gerade, weil sie sozial sein will, darf sie insbesondere die wichtigste Sprache der Knappheit nicht eliminieren: Den Marktpreis.

Ein Preis ist mehr als ein Geldbetrag auf einem Etikett. Er ist ein verdichtetes Signal „verstreuter Informationen“ über Nachfrage, Kosten, Risiko, Knappheit und Zukunftserwartungen. Wenn ein Gut teurer wird, ist das nicht ein „moralischer Skandal“. Es kann bedeuten, dass Angebot fehlt, Nachfrage gestiegen ist, Regulierung verengt, Rohstoffe knapper geworden sind oder Investitionen unterblieben. Ein hoher Preis ist unbequem, aber seine Kenntnis aufschlussreich und auch für richtige zielgerichtete sozialpolitische Entscheidungen unabdingbar.

Der politische Reflex geht heute in der Regel in die andere Richtung. Wo Preise steigen, soll der Staat bremsen. Wo Nutzung teuer wird, soll eine Pauschale

helfen. Wo Bürger den Schmerz eines Preissignals spüren, wird dieses Signal selbst als Zumutung behandelt. Das ist menschlich verständlich, aber gefährlich. Denn wenn ein Preis Knappheit anzeigt, verschwindet die Knappheit – wie die Geschichte vielfach lehrt – nicht eben dadurch, dass man den Preis politisch unterdrückt. Die Knappheit erscheint dann an anderer Stelle als Arbeitsplatzverlust, Warteschlange, Mangel, Überfüllung, Steuerlast, Subvention, Qualitätsverlust oder Investitionsstau und natürlich auch Schwarzmärkten. Eine Manipulation am Fieberthermometer hat noch keine Krankheit geheilt.

Genau darin liegt die ordnungspolitische Bedeutung des Preises. Tatsächliche Preise schaffen Rechenschaft und zeigen, wer Kosten verursacht, und Nutzen erhält. Der Staat muss den Rahmen setzen, Machtmissbrauch bekämpfen, Bedürftige schützen und externe Kosten einpreisen. Er sollte aber nicht glauben, er könne durch administrierte politische Preise die ökonomische Wirklichkeit verbessern oder sogar außer Kraft setzen.

Der nicht manipulierte Preis ist insofern eine zivilisierende Institution. Er ersetzt nicht Moral, Recht und Politik. Wer den Preis unterdrückt, unterdrückt nicht die Kosten. Er macht nur unklarer und verschleiert, wer sie letztendlich trägt – einmal mehr der Steuerbürger.

Der Wohnungsmarkt zeigt dieses Problem beispielhaft besonders deutlich. Mietpreisbremsen und -deckel schützen zunächst diejenigen, die bereits eine Wohnung

haben. Doch wer neu in die Stadt kommt, eine Familie gründet, sich trennt, wegen eines Arbeitsplatzes umziehen muss oder aus einer zu kleinen Wohnung herauswill, steht vor einem engeren Markt. Wenn der Preis nicht mehr rationieren darf, rationieren andere Mechanismen: Politische Macht, Wartelisten, persönliche Beziehungen, Zufall, Diskriminierung oder schlicht die Fähigkeit, lange zu suchen. Das ist noch ungerechter aber in ihrer Ungerechtigkeit weniger sichtbar.

Wenn Mieten hoch sind, müssen wir bauen, nicht deckeln. Eine sozialmarktwirtschaftliche Wohnungspolitik müsste deshalb insbesondere Bauland mobilisieren, Genehmigungen beschleunigen, Baukosten senken und durch Transfers ausschließlich gezielt jenen helfen, die sich Mieten tatsächlich nicht leisten können.

Ähnlich verhält es sich bei der Energie. Kaum ein Preis ist politisch so sensibel wie der für Strom, Gas oder Wärme. Doch gerade Energie ist ein Bereich, in dem Preise Verhalten steuern müssen. Wenn Energie knapp ist, soll der Preis Einsparung, Effizienz, Substitution und Investition auslösen. Er sagt: Dämmen lohnt sich. Sparsame Geräte lohnen sich. Speicher lohnen sich. Neue Erzeugung lohnt sich. Wird dieses Signal durch pauschale Preisbremsen oder breite Subventionen entkernt, entsteht ein doppelter Schaden. Der Staatshaushalt wird belastet, es kommt zu versteckten

Umlagen, die Anpassung wird verzögert. Verbraucher sparen weniger, Unternehmen spüren weniger Effizienzdruck, Investoren verlieren Klarheit über Knappheiten. Die eindeutig bessere Antwort ist z.B. direkte gezielte Hilfen für verletzte Haushalte mit dem größten Bedarf und in Ausnahmefällen an besonders unter der Energiepreissteigerung leidende Unternehmen, aber nicht die politische Verfälschung des Preises für alle. Schlichtweg: Wenn Energie teuer ist, müssen wir sparen, investieren und Bedürftige direkt und gezielt entlasten, aber nicht allen denselben Preis vorgaukeln.

Mindestpreise wirken spiegelbildlich zum Preisdeckel. In der Landwirtschaft sollte die Marktpreisstützung lange Einkommen sichern und Versorgung stabilisieren. Doch wenn Preise künstlich hochgehalten werden, entstehen Fehlanreize. Es wird produziert, weil der politische Preis es lohnt, nicht weil Nachfrage, Qualität oder Zukunftsfähigkeit es nahelegen. Das kann Überproduktion – wir erinnern uns an Butterberge und Milchseen als Menetekel einer Überproduktion -, hohe Kosten, Handelsverzerrungen und ökologische Fehlsteuerung begünstigen. Die OECD empfiehlt ausdrücklich Maßnahmen auslaufen zu lassen, die die Preise stützen und dadurch Produktionsanpassungen behindern.

Besonders verführerisch sind Flatrates. Sie versprechen Einfachheit, Zugang, Gleichheit und Bequemlichkeit. Einmal zahlen, unbegrenzt nutzen. Wo Grenzkosten niedrig sind, Kapazitäten reichen und ein Pauschalpreis die Kosten realistisch deckt, kann das sinnvoll sein. Problematisch wird die Flatrate dort, wo sie Knappheit verschleiert: In z.B. überfüllten Regionalzügen, auf Innenstadtstraßen, bei Parkraum, Energieinfrastruktur oder knappen Dienstleistungen.

Das Deutschlandticket zeigt diese Ambivalenz besonders. Ein vereinfacht abgesenkter Tarif senkt Zugangshürden und kann Menschen zum öffentlichen Verkehr bringen. Aber es darf nicht „mittels Gießkanne“ auch an die verteilt werden, die sich das Ticket von ihrem Einkommen bisher gut leisten konnten. Es darf nicht zur Illusion werden, Mobilität könne dauerhaft politisch verbilligt werden, ohne dass Kapazität, Qualität und Finanzierung Schritt halten. Wenn Netze marode sind und Investitionen hinterherhinken, ist der niedrige Pauschalpreis nicht die Lösung, sondern nur ein Teil einer größeren Rechnung. Die größere Rechnung heißt weiteres Aufblähen des Subventionsstaates und der Staatsverschuldung.

Ein zweckgebundenes ÖPNV-Mobilitätsgeld, das jedem Bürger zur ausschließlichen Nutzung im Öffentlichen Nahverkehr zur Verfügung gestellt wird, kann sowohl nach sozialen Merkmalen gestaffelt werden (insbesondere Einkommenshöhe, analog zu den in

vielen Regionen existierenden „Sozialtickets“), als auch nach räumlichen und siedlungsstrukturellen Gegebenheiten. Eine solche Nutzerfinanzierung hat den Vorteil, dass die vom Steuerbürger aufgebrauchten Mittel tatsächlich auf der Straße oder Schiene im Betrieb des ÖPNV zum Wohle des einzelnen ÖPNV-Nutzers vor Ort ankommen und nicht wie bisher im hohen Maße in Bürokratien vernichtet werden.

Die Null ist eine gefährliche Zahl in der Politik. „Kostenlos“ klingt großzügig. Aber kostenlos ist in der wirtschaftlichen Wirklichkeit fast nichts. Öffentliche Leistungen können für den individuellen Nutzer kostenfrei sein, aber sie sind nicht kostenfrei für die Gesellschaft. Sie werden über Steuern, Beiträge, Schulden oder Verzicht an anderer Stelle bezahlt.

Zwischenergebnis und Ergänzung:

Preisdeckel, Mindestpreise und Flatrates haben gemeinsam, dass sie den Zusammenhang von Nutzen und Kosten lockern. Der Nutzer spürt weniger, was seine Nutzung kostet. Der Anbieter erlöst weniger oder mehr, als Knappheit und Nachfrage anzeigen. Der Staat tritt als Ausgleicher auf, in der Regel durch Subventionen mit wachsender Rechnung zu Lasten der Steuerbürger. Es entsteht eine Interventionsspirale: Auf den Preisdeckel folgt die Subvention, auf die Subvention die Zuteilung, auf die Zuteilung die Kontrolle, auf die

Kontrolle der nächste Mangel. Vor diesem Hintergrund ist Preiswahrheit keine kalte technokratische Forderung. Sie ist eine Bedingung demokratischer Ehrlichkeit. Bürger können nur dann vernünftige politische Entscheidungen treffen, wenn Kosten, Knappheiten und Zielkonflikte sichtbar bleiben. Wer Preise systematisch verdeckt, verschiebt Verantwortung. Er macht Politik kurzfristig populärer und eine Gesellschaft langfristig ärmer. Preise sind nicht der Feind des Sozialen. Falsche Preise sind jedoch der Feind des Wohlstands. Die Soziale Marktwirtschaft muss Menschen vor Überforderung schützen, aber sie darf nicht die wirtschaftliche Wirklichkeit ausblenden. Denn die Wirklichkeit verschwindet nicht, wenn der Staat sie verbilligt. Sie kommt zurück: Als Mangel, Schulden, Stau, schlechte Qualität oder verpasste Investition.

Natürlich gibt es „falsche Preise“. Monopole können Preise verzerren, Kartelle können Verbraucher ausbeuten. Informationsasymmetrien können Märkte beschädigen. Externe Kosten können dazu führen, dass ein Preis zu niedrig ist, weil Umwelt-, Klima- oder Gesundheitsfolgen nicht enthalten sind. Deshalb braucht die Soziale Marktwirtschaft Kartellrecht, Regulierung, Verbraucherschutz, Haftung und eine kluge Bepreisung externer Effekte. Der Preis muss durch Ordnung geschützt und korrigiert werden, wo Märkte versagen. Aber das ist etwas anderes als die politische Ersetzung des Preises durch politische Wunschwerte.

Die Lösung: Das Geld direkt in die Hand derjenigen Bürger die es bedürfen.

Die sozialmarktwirtschaftliche Alternative für eine Wohlstandsschaffende Politik lautet nicht: Keine Hilfe. Sie lautet: Preise wirken lassen, Wettbewerb sichern und Härten gezielt kompensieren. Wer Bedürftige effizient schützen will, sollte den Preis selbst nicht zerstören und Einkommen, Mobilgeld, Wohngeld, Klimageld, Härtefallfonds oder zeitlich begrenzte Transfers einsetzen, die in der Tat nur den Bedürftigen direkt zufließen dürfen. Alle anderen Personen, die z.B. von ihrem Einkommen her selbst in der Lage sind die zusätzlichen Kosten zu stemmen, sollten nicht nach dem Gießkannenprinzip mit Hilfen bedacht werden. So bleibt das Preissignal erhalten, während soziale Härten nur dort zielgerichtet abgefedert werden, wo es notwendig ist. Das ist ehrlicher, erheblich treffsicherer bei geringerem finanziellem Aufwand und langfristig wohlfördernder.